

Schweiz

Ständerat erhöht Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre

Die Linke macht die Zustimmung zur Altersvorsorge-Reform von höheren AHV-Renten abhängig.

Markus Brotschi
Bern

Der Ständerat hat gestern mit der grössten Reform in der Geschichte der Altersvorsorge begonnen. Dabei behandelt er ein zusammenhängendes Konzept, welches AHV und berufliche Vorsorge auf ein finanziell sicheres Fundament stellen soll angesichts der steigenden Zahl von Rentnern. Am ersten Tag der dreitägigen Debatte traf der Ständerat in drei Kernpunkten Entscheide.

● Das Rentenalter der Frauen wird in Dreimonatsschritten auf 65 Jahre erhöht. Dabei wählte der Ständerat den schnelleren Pfad als der Bundesrat. Falls die Reform wie geplant 2018 in Kraft tritt, wird das Frauenrentenalter ab 1. Januar 2021 65 Jahre betragen. Eine erste Erhöhung erfolgt auf 1. Januar 2018 um 3 Monate, die nächsten Schritte erfolgen auf Anfang 2019, 2020 und 2021. Der Bundesrat plante den Anstieg in sechs Zweimonatsschritten von 2019 bis 2024.

Vergeblich wehrte sich Paul Rechsteiner (SP, SG), Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), gegen die Angleichung des Frauenrentenalters an jenes der Männer. «Unterschätzen Sie die Frage des Frauenrentenalters nicht», warnte er die Bürgerlichen. Solange die Lohndiskriminierung der Frauen bestehe, sei die Zeit dafür nicht reif. Zwar räumten Bürgerliche ein, dass die Erhöhung nicht für alle Frauen leicht

wegzustecken sei, etwa für Verkäuferinnen oder Frauen in Pflegeberufen. Dennoch befand Christine Egerszegi (FDP, AG), dass die Argumente der Gegner die gleichen seien, die vor 20 Jahren gegen die damalige Erhöhung auf 64 Jahre angeführt worden seien. «Jetzt sind wir eine Generation weiter», sagte Egerszegi. Entscheidend sei, dass der Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» nun vollständig umgesetzt werde. Egerszegi erinnerte Rechsteiner daran, dass das höhere Frauenrentenalter Bedingung sei, dass die Mehrwertsteuer zugunsten der AHV erhöht werde. Über die MwSt.-Erhöhung hat der Rat noch nicht entschieden.

Vier Linke für Rentenalter 65

Der Ständerat stimmte mit 36 zu 8 für das höhere Frauenrentenalter. Für das Rentenalter 65 stimmten auch vier Linke: Pascale Bruderer (SP, AG), Claude Janiak (SP, BL), Anita Fetz (SP, BS) und Hans Stöckli (SP, BE).

● Auch im zweiten Punkt folgte der Ständerat den Beschlüssen seiner vorbereitenden Sozialkommission (SGK) und in diesem Fall auch dem Bundesrat. Der für die Rentenhöhe massgebende Umwandlungssatz in der beruflichen Vorsorge wird von heute 6,8 auf 6,0 Prozent gesenkt. Dies erfolgt innert vier Jahren nach Inkrafttreten der Vorlage in Schritten von 0,2 Prozentpunkten. Insgesamt würde die Senkung ohne die geplanten Kompensationsmassnahmen eine Ren-

tenkürzung von 12 Prozent bewirken. Der Rat stimmte der Senkung des Umwandlungssatzes mit 36 zu 7 zu, wobei fünf der zwölf Ständeräte von SP und Grünen mit der Mehrheit stimmten: zu Bruderer, Janiak, Fetz und Stöckli gesellte sich Roberto Zanetti (SP, SO).

Auch gegen den tieferen Umwandlungssatz stellte sich Gewerkschaftspräsident Rechsteiner. Die Pensionskassen erzielten nach wie vor ansehnliche Renditen, so etwa letztes Jahr im Schnitt

«Entscheidend ist, dass der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit nun vollständig umgesetzt wird.»

Christine Egerszegi (FDP, AG)

6,8 Prozent. In Schwierigkeiten gerieten die Pensionskassen wegen der niedrigen Zinsen, aber nicht wegen des Umwandlungssatzes. Allerdings erfolgte Rechsteiners Votum gegen die Senkung unter dem Vorbehalt, dass für die Linke letztlich entscheidend sei, wie die Renteneinbussen kompensiert würden. Die von der ständerätlichen Kommission vorgeschlagene Rentenerhöhung in der AHV sei das «Herzstück» der Vorlage.

Die Bürgerlichen verwiesen hingegen darauf, dass aufgrund der gestiegenen

Lebenserwartung und der geringen Zinserträge die Renten nicht mehr finanziert seien. Laut Alex Kuprecht (SVP, SZ) profitiert jeder Rentenbezügler der zweiten Säule heute von einem Kapitaltransfer von 40 000 Franken, den die aktiven Generationen leisten müssen.

● Der dritte Entscheid betrifft ebenfalls die zweite Säule. Der Ständerat will anders als der Bundesrat den Koordinationsabzug nicht abschaffen. Damit bleibt in der zweiten Säule ein Teil des Lohnes nicht versichert. Heute beträgt der Abzug 24 675 Franken, der Ständerat will ihn nur auf 21 150 Franken senken. Die Abschaffung des Koordinationsabzuges hätte zu höheren Beitragszahlungen geführt und damit zu mehr Alterskapital. Der Bundesrat sah dies als eine der Massnahmen vor, um eine Rentenkürzung als Folge des tieferen Umwandlungssatzes zu verhindern.

Kommt die höhere AHV-Rente?

Der Ständerat debattiert heute und morgen über andere Ausgleichsmassnahmen. Die Kommission schlägt vor, die AHV-Renten für Einzelpersonen um 70 und für Ehepaare um bis zu 226 Franken zu erhöhen. Allerdings wird dieser Plan von SVP und FDP bekämpft. Felix Gutzwiler (FDP, ZH) warnte davor, die Finanzierung von AHV und zweiter Säule zu vermischen. Zudem überstiegen die Kosten der Rentenerhöhung die Einsparungen durch das Frauenrentenalter 65.

CO₂-Reduktion im Ausland vom Tisch

Die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 20 Prozent bis 2020 soll vollständig im Inland erreicht werden. Der Nationalrat hat am Montag eine Motion seiner Umweltkommission abgelehnt, die Hälfte der Emissionen mittels Zertifikaten im Ausland zu realisieren. Der Vorstoss ist damit vom Tisch. Klimapolitik sei ein globales Anliegen, das nicht nur auf das Inland ausgerichtet sein sollte, sagte Albert Rösti (SVP, BE) im Namen der Kommission. Das Ziel von 20 Prozent in der laufenden Periode sei unrealistisch, wenn dieses nur im Inland umgesetzt werden soll. Eine Kommissionsminderheit aus den Reihen der SP und der Grünen wollte an der CO₂-Reduktion im Inland festhalten. Um glaubwürdig zu bleiben, müssten die Anstrengungen in der Schweiz gemacht werden, sagte Roger Nordmann (SP, VD). Der Minderheitsantrag setzte sich schliesslich mit 106 zu 73 Stimmen bei 4 Enthaltungen durch. Der Bundesrat lehnt die Motion ebenfalls ab. (SDA)

Nachrichten

Nationalrat Volk soll Initiative «Pro Service public» ablehnen

Das Parlament empfiehlt dem Stimmvolk, die Volksinitiative «Pro Service public» abzulehnen. Kein einziges Mitglied unterstützt das Volksbegehren. Die Initiative verlangt, dass bundesnahe Unternehmen wie Post, Swisscom und SBB in der Grundversorgung nicht nach Gewinnen streben und auf Quersubventionierung verzichten sollen. Zudem sollen die Löhne der Mitarbeitenden nicht über jenen der Bundesverwaltung liegen dürfen. Die Initiative stärke den Service public nicht, sondern schade ihm, warnten selbst Linke. Wenn bundesnahe Unternehmen keine Gewinne machen könnten, würden sie auch keine Investitionen tätigen. Das führe zu Abbau von Service public, mangelndem Unterhalt und Druck auf die Arbeitsbedingungen, sagte Edith Graf-Litscher im Namen der SP-Fraktion. Hinter der Initiative stehen verschiedene Konsumentenzeitschriften. (SDA)

Werbeallianz Bundesrat sieht keine Gefahr für Unabhängigkeit der Medien

Der Bundesrat sieht keine Anhaltspunkte dafür, dass die geplante Werbeallianz von SRG, Swisscom und Ringier die Unabhängigkeit der Medien vom Staat gefährden könnte. Für den Bundesrat sei es nachvollziehbar, dass die drei Unternehmen eine solche Kooperation eingegangen seien, sagte Medienministerin Doris Leuthard in der Fragestunde des Nationalrats. Das Bundesamt für Kommunikation prüfe jedoch, ob die Beteiligung der SRG den Entfaltungsspielraum privater Verlagshäuser und Medienanbieter übermässig beschränke. Bei Bedarf könne ihr Departement der SRG Auflagen machen. Zurzeit prüft die Wettbewerbskommission die geplante Kooperation. (SDA)

Autobahnvignette Bundesrat will höhere Preise mit E-Vignette verbinden

Die Autobahnvignette soll dann teurer werden, wenn sie durch eine elektronische Vignette abgelöst wird. Der Bundesrat beantragt dem Parlament, eine entsprechende Motion der Verkehrskommission des Ständerats anzunehmen. Zur Diskussion steht eine Erhöhung von 40 auf 70 Franken. Der Bundesrat soll dem Parlament bis Ende 2017 eine Vorlage zur Einführung der E-Vignette vorlegen. (SDA)

Islamismus Nachrichtendienst bestätigt 40 Jihad-Reisende

Der Nachrichtendienst des Bundes hat bisher 40 Jihad-Reisende aus der Schweiz gezählt. Es handelt sich dabei um bestätigte Fälle. Hinzu kommen 29 Verdachtsfälle. Bei ihnen werde vermutet, dass die betreffenden Personen aus jihadistischen Motiven in ein Konfliktgebiet gereist seien, wie der Bundesrat schreibt. Von den insgesamt 69 beobachteten Personen sind 24 Schweizer Bürger. (SDA)

Jüdische Gemeinde in Luzern steht vor dem Aus

Seit Jahren schrumpft die jüdische Gemeinde Luzerns. Schliesst die Talmud-Schule in Kriens, würde dies auch ihr Ende bedeuten.

Michael Soukup
Luzern

«Dieses neue jüdische Zentrum in unserer Gemeinde ist für viele Krienser fremd und geheimnisumwittert», berichtete die Presse 1968 über die Eröffnung der neuen Talmud-Hochschule in der Luzerner Agglomerationsgemeinde. Die Gründer sprachen von einem Wunder, dass es der kleinen jüdischen Gemeinschaft der Schweiz gelungen war, eine Bildungsstätte anzusiedeln, die ihre geistige Wirkung auf das ganze Judentum ausüben würde. Im markanten Neubau wurden jährlich 80 bis 100 Studenten aus der ganzen Welt zu Religionslehrern ausgebildet. Die Krienser begannen sich an die Jugendlichen mit ihren Schläfenlocken, weissen Hemden, schwarzen Anzügen und Borsalino-Hüten zu gewöhnen. Ende der 80er-Jahre platzte die Schule mit nunmehr 150 Schülern aus allen Nähten, sodass die einzige orthodoxe Ausbildungsstätte in der Schweiz ausgebaut werden musste. Doch jetzt steht die renommierte Bildungsstätte vor dem Aus.

Angestellte der Schule entlassen

Ende Juli erschienen Berichte auf israelischen Nachrichtenportalen, wonach die Schule aus finanziellen Gründen bereits geschlossen wurde. Grund dafür sei «Missmanagement». Die Schule habe seit zwei Jahren vergeblich versucht, Sponsoren zu finden. Fotos zeigten zudem ein «Closed»(Geschlossen)-Transparent, das am Schulgebäude angebracht war. Es wurde von verärgerten Schülern aufgehängt und Medien zugestellt. Im Internet kursiert eine fingierte Ebay-Anzeige mit den Handynummern der Schulleitung, wonach das Schulareal für 1,25 Millionen US-Dollar zum Verkauf angeboten wird.

Ein Augenschein vor Ort bestätigt die Berichte. Abgesehen von zwei Autos auf dem Parkplatz deutet nichts auf einen regulären Betrieb. Ein Mitglied der Schulleitung gab an, dass die über 20 Angestellten entlassen wurden. Momentan würden aber noch 13 Schüler im Internat wohnen. Dagegen dementiert er die angeblichen Managementfehler: «Viel-



Die Gemeinde zählt gerade noch 40 Mitglieder: Synagoge in Luzern. Foto: Tom Kawara

mehr haben wirtschaftliche Schwierigkeiten in den Herkunftsländern der Schüler dazu geführt, dass die Studentenzahl kontinuierlich abnahm.» Wie es mit der Schule weitergehen soll, weiss man jedoch nicht: «Momentan ist alles offen. Was nächsten Monat sein wird, können wir nicht sagen.»

Männliche Beter fehlen

Für die kleine orthodox jüdische Gemeinde Luzerns wäre die Schliessung eine Katastrophe. Von den landesweit 18 000 bekennenden Juden und Jüdinnen leben die meisten in Zürich, Genf und Basel, wobei die Gemeinschaft in Zürich mit 6000 Juden die grösste ist. Das Nachsehen haben die kleineren Städte, weil wegen der Abwanderung in die Zentren die Mittel für eine vollwertige Gemeinde schwinden. So besteht diejenige in Luzern nur noch aus etwa 40 Mitgliedern. Zur Gemeinde gehört die 1912 erbaute Synagoge sowie ein Friedhof. Längst geschlossen sind die jüdische Primarschule, die koschere Lebensmittelhandlung und das Gemeindehaus. Vorsteher der Gemeinde ist der 83-jährige Hugo Benjamin, der sich seit fast einem halben Jahrhundert im Vorstand engagiert: «Das Ende der Schule wäre auch für uns tragisch. Da die meisten Gemeindeglieder betagt oder nicht mehr aktiv sind, kann der Rabbiner den täglichen Gottesdienst meist nur noch dank den paar regelmässig anwesenden Talmud-Studenten abhalten. Denn gemäss den jüdischen Regeln sind mindestens zehn männliche Beter nötig.»

Benjamin hat schon mehrmals öffentlich erklärt, dass er längst zurücktreten möchte. Doch es hat sich bis heute kein Nachfolger gefunden. Ohne die Talmud-Schule droht auch der jüdischen Gemeinde das Ende. Rettung könnte eine Öffnung gegenüber nicht praktizierenden Juden bringen. Doch in Luzern werden Juden, die mit andersgläubigen Partnern verheiratet sind, aus der Gemeinde ausgeschlossen. Deshalb engagieren sie sich in Zürich, wo alle religiösen Strömungen dank der grossen jüdischen Bevölkerung koexistieren. Ein winziger Hoffnungsschimmer besteht: «Wir versuchen, jüdische Familien für unsere Gemeinde zu gewinnen», sagt Benjamin. Sporadische Besuche von auswärts würden allerdings nicht reichen; am Sabbat gilt Fahrverbot, deshalb müssen die Strenggläubigen in Gehdistanz zur Synagoge wohnen.